

Gerhard Wahlers Erfolgreicher Start von Präsident Bush

Nur wenige Wochen nach der Übernahme des Weißen Hauses durch George W. Bush macht dieser als US-Präsident eine rundum gute Figur. Teamgeist und Offenheit, Humor und kooperative Interaktion des neuen Amtsinhabers haben ebenso zu dem gelungenen Start beigetragen wie die zügig vollzogene Bildung des Kabinetts, dem gleich mehrere politische Schwergewichte angehören: Neben dem überaus populären Golfkriegsgeneral Powell, der das Außenministerium übernimmt, sind hier Verteidigungsminister Rumsfeld, der Handelsbeauftragte Robert Zoellick sowie die Sicherheitsberaterin Rice zu nennen. Darüber hinaus wird der Vizepräsident Dick Cheney eine herausragende Rolle spielen. Die Schönwetterlage, zu der auch die ersten von Bush eingebrachten und zudem von Teilen der Demokraten unterstützten Gesetzesinitiativen beigetragen haben, ist jedoch gefährdet. In beiden Häusern ist die Mehrheit der Republikaner hauchdünn – ein Schatten für Bush, der dann bedrohlich wird, wenn das Ausscheiden einiger älterer Senatoren aus seinen Reihen unweigerlich zur weiteren Stärkung der Demokraten führen wird.

Nach zwei Wochen Amtszeit von Präsident Bush sind sich die Beobachter in Washington einig: Trotz aller Unkenrufe hat der neue Präsident die ersten beiden Wochen seiner Amtszeit mit Bravour gemeistert. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Präsident Clinton ist dem neuen Präsidenten ein glücklicher Start gelungen. Dazu beigetragen hat die professionelle Art, mit der das Weiße Haus sowohl die Ernennungen der Administration als auch die ersten Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht hat.

■ Der neue Präsident

Bush begann seine politische Karriere vor nur sechs Jahren und bezeichnet sich selbst als „semi-professionell“. Diese relative Unerfahrenheit wurde ihm während des Wahlkampfes immer wieder von seinen demokratischen Gegnern vorgehalten. Bush hingegen sieht dies als eine seiner Stärken, da er mit frischen Denksätzen neue Anstöße geben will. Seine Mitarbeiter stellen heraus, dass sich Bush auf die großen Zusammenhänge konzentriert, entscheidungsfreudig ist und seinen Mitarbeitern vertraut, die Details auszuarbeiten. Im Gegensatz zu Reagan, der oft nicht besonders am politischen Prozess interessiert war, ist Bush – so teilen es seine Berater mit – intensiv daran beteiligt und arbeitet sich schnell in neue Sachverhalte ein. In gut vorbereiteten Sitzungen hätte Bush bisweilen durch seine Fragen die Agenda unterbrochen und die Diskussion in die Richtung fortgesetzt, die er für richtig hielt.

Außerdem zeichnet sich Bush durch die Fähigkeit aus, hervorragende Teams zusammenzustellen. Dies

hat er schon im Wahlkampf und jetzt bei der Zusammenstellung seines Beraterkreises bewiesen. Da sich Bush in vielen Themen auf seine Berater verlässt und sein Beraterkreis begrenzt und sehr loyal ist, wird er in Krisenzeiten mit diesem Team den Regierungsapparat effizient steuern können. Bush erklärte, er bevorzuge Menschen, die hauptsächlich an der Sache interessiert sind und nicht am persönlichen Vorwärtskommen.

Bush hat wie schon sein Vater einen politischen Machtinstinkt. Er ist der älteste Sohn und Cousin seiner Generation in der Bush-Familie und hat früh gelernt, Führung zu übernehmen. Nach unerwarteten Krisen wie seinem dramatischen Rückstand von 19 Prozentpunkten hinter seinem Konkurrenten John McCain in den Vorwahlen in New Hampshire reagierte Bush ruhig und konzentriert. Seine frontale Konfrontation mit McCain in South Carolina, während der Bush mit McCain nicht gerade zimperlich umging, hat die Wahlkampfstrategie von McCain erfolgreich durchkreuzt und ihm die Nominierung eingebracht.

George W. hat an der Harvard Business School einen MBA erworben. Dort wurde kooperative Interaktion und Problemlösung stärker betont als formales Fachwissen. Die Fähigkeit zur Teambildung hatte er bereits als Chef seiner Studentenverbindung und einer College-Sportmannschaft an der Yale Universität eingeübt, wo er seine ersten vier Studienjahre verbrachte.

Der Umgang mit ausländischen Politikern fällt ihm leicht, und seine Zugänglichkeit, Charme und Humor werden ihm nicht nur im Kongress, sondern auch bei schwierigen ausländischen Missionen helfen. In der Sache scheint Bush allerdings härter verhandeln zu können, als Clinton dies getan hat.

■ **Bush hat wie schon sein Vater einen politischen Machtinstinkt. Er ist der älteste Sohn und Cousin seiner Generation in der Bush-Familie und hat früh gelernt, Führung zu übernehmen.**

■ Der Vizepräsident

Vizepräsident Richard B. Cheney, 60, wird in Washington als wichtigster Mann hinter Bush betrachtet. Da er keinerlei Ambitionen auf das Präsidentenamt hat und loyal zu Bush steht, hat dieser ihn mit einer beispiellosen Machtfülle ausgestattet. Er setzt damit seine Rolle fort, die er bereits seit dem Wahlkampf und während der Übergangszeit (*transition*) innehatte. Er wird die Fäden im Hintergrund ziehen und die

■ Als Bush Cheney mit der Aufgabe betraute, die drohende Energiekrise in den Griff zu bekommen, wurde klar, wie viel Einfluss der Vizepräsident in der Tagespolitik haben wird.

operative Politik des Präsidenten vor allem in den Bereichen steuern, mit denen Bush noch nicht vertraut ist. Bush hat ihn auch gebeten, einer der führenden Sprecher seiner Administration zu sein.

Als Bush Cheney mit der Aufgabe betraute, die drohende Energiekrise in den Griff zu bekommen, wurde klar, wie viel Einfluss der Vizepräsident in der Tagespolitik haben wird. Bush überlegt auch, ob Cheney die Gruppe der stellvertretenden Chefs des Pentagon, des Außenministeriums und des Nationalen Sicherheitsrates leiten soll, die der Führungsriege, der Cheney auch angehört, politische Initiativen vorschlägt. Diese Rolle wurde noch nie durch einen Vizepräsidenten besetzt. Bereits jetzt hat sich Cheney mit einem eigenen Stab von außenpolitischen Profis umgeben. Mit Stephen Hadley, dem stellvertretenden Nationalen Sicherheitsberater, und Donald H. Rumsfeld, dem Verteidigungsminister, sind zusätzlich zwei langjährige Vertraute von Cheney in höchsten Ämtern. Das Gewicht von Cheney in der Außenpolitik wird auch von der Harmonie zwischen dem Außenminister und dem Verteidigungsminister abhängen. Sollte sich das Verhältnis zwischen den beiden als schwierig gestalten, dürfte der Einfluss des Vizepräsidenten in außenpolitischen Fragen noch mehr steigen.

Cheney, der elf Jahre Abgeordneter für den Bundesstaat Wyoming war und es bis zum stellvertretenden Fraktionsführer der oppositionellen Republikaner (*House Minority Whip*) gebracht hatte, wird sich auch intensiv um die Beziehungen der neuen Administration zum Kongress kümmern. Als Vizepräsident ist er Präsident des Senates, aber er wird sich als erster Vizepräsident auch im Repräsentantenhaus ein Büro einrichten. Bisher hat er Bush bei den meisten Treffen mit Senatoren und Abgeordneten begleitet.

■ Bushs Kabinettsernennungen

Zur Überraschung vieler sind die Kabinettsmitglieder zügig bestätigt worden. Der Fehlgriff mit der Kandidatin für das Arbeitsministerium wurde durch einen schnellen Rückzug und der Präsentation einer auch durch die Demokraten und die Gewerkschaften akzeptablen Kandidatin behoben. Konservative Kandidaten, wie beispielsweise der Energieminister Spencer Abraham, der keinerlei Probleme hatte, aber

auch die Innenministerin Norton meisterten ihre Nominierung ohne den erwarteten heftigen Widerstand. Einzig der Justizminister Ashcroft hatte einige schwere Hürden zu nehmen. Allen in Washington war aber bewusst, dass die Nominierung von Ashcroft auf Widerstand stoßen würde. Ashcroft wird der religiösen Rechten zugeordnet. Abtreibungsbeürworter hatten Sorgen, er könne versuchen, die Abtreibungsgesetzgebung zu unterlaufen. Während der Anhörungen im Senat wurden ihm Rassismus und Intoleranz gegenüber Minderheiten unterstellt. Letztlich konnte sich aber auch Ashcroft durchsetzen. Auch bei der Besetzung der weiteren Positionen der Administration geht das Weiße Haus nach dem bisher erfolgreichen Schema vor: Die Entscheidungen werden im allerkleinsten Kreis getroffen, öffentliche Personaldiskussionen finden nicht statt. Dies war bei der Besetzung der Posten durch Präsident Clinton nach seiner ersten Wahl überhaupt nicht der Fall. Damit vermittelt der neue Präsident Bush den Eindruck von Professionalität.

Neben Vizepräsident Cheney werden sein Außenminister Powell, sein Verteidigungsminister Rumsfeld, seine Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice und sein Handelsbeauftragter Robert Zoellick die Außen-, Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik bestimmen.

■ Außenminister Powell

Mit der Ernennung von Colin L. Powell, 64, zum Chefdiplomaten erhält das Amt des Außenministers, das während der Amtszeit von Präsident Clinton vom mächtigen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Jesse Helms, Budgetkürzungen und Einflussverlust hinnehmen musste, neues Gewicht. Powell wollte von Bush nur das Amt des Außenministers übernehmen, da er die Diplomatie als wichtigstes außenpolitisches Instrument schätzt, und die Anwendung militärischer Gewalt als letztes Mittel der Politik ansieht.

Powell ist der Star in Bushs Kabinett: Er ist Amerikas populärster General seit Eisenhower und in Umfragen beliebter als der Präsident. Er war selber als Präsidentschaftskandidat im Gespräch. Er hat im Golfkrieg eine Schlüsselrolle gespielt und die Powell-Doktrin aufgestellt, nach der Amerika nur mit einer

■ **Powell ist der Star in Bushs Kabinett: Er ist Amerikas populärster General seit Eisenhower und in Umfragen beliebter als der Präsident.**

klaren Zielsetzung in den Krieg ziehen dürfe, um mit überwältigender Macht einen schnellen Sieg zu erringen. Powell, dessen militärische Erfahrungen von seinen Erlebnissen im Vietnamkrieg geprägt sind, will amerikanische Soldaten in keinem Fall mit unausgegorenen Argumenten in Kriege schicken, die Amerika kaum berühren. Er wird in jedem Fall versuchen, eine einheitlichere, kohärentere Außenpolitik zu betreiben als seine Vorgängerin, und er wird mit der Androhung von Gewalt vorsichtiger umgehen.

Powells Charisma, sein umfangreiches Fachwissen und seine Fähigkeit, mit Menschen umzugehen, werden ihm bei seiner neuen Aufgabe sehr behilflich sein. Bei den Mitarbeitern im Außenministerium hatte die Amtsführung von Madeleine Albright viel Missvergnügen hervorgerufen. Von Powell wird mehr Professionalität in der Personalführung erwartet. Mit Armitage, der als sein Stellvertreter auch für die Führung des Amtes zuständig sein wird, hat Powell nach Meinung der Mitarbeiter des Ministeriums einen ausgesprochen guten Griff getan.

Colin Powell ist Sohn einer Einwandererfamilie aus Jamaika, in Harlem geboren und in der South Bronx aufgewachsen. In sozialen Fragen vertritt er eher liberale Positionen. Dies handelt ihm bisweilen das Misstrauen konservativer Republikaner ein. Er ist früh in die Armee eingetreten und hat eine steile Karriere hinter sich. Er besitzt eine intensive Deutschlandfahrung. Viel Zeit hat er in Washington verbracht und in seiner Zeit als Chairman of the Joint Chiefs of Staff hat er umfangreiche politische Erfahrung sammeln können. Dies wird ihm jetzt in seiner neuen Position nützlich sein.

■ **Verteidigungsminister Rumsfeld**

Donald H. Rumsfeld und Richard Cheney haben erstaunlich ähnliche Biographien: beide waren *Ivy League Football*-Spieler, haben im Kongress und als Stabschef im Weißen Haus gearbeitet und sind Verteidigungsminister gewesen. Beide sind auch erfolgreiche Geschäftsleute gewesen, bevor sie in die Politik zurückgekehrt sind.

Durch seine engen Beziehungen zu Cheney und seine politische Erfahrung wird Rumsfeld zu einem

■ Durch seine engen Beziehungen zu Cheney und seine politische Erfahrung wird Rumsfeld zu einem der Schwergewichte der neuen Administration.

der Schwergewichte der neuen Administration. Rumsfeld gilt als geradliniger Manager, der Aufrichtigkeit und Entscheidungsfreude schätzt. Er hat den Ruf, gelassener zu sein als Cheney mit Sinn für Humor. Rumsfeld leitete die überparteiliche Kommission, die die Bedrohung der USA durch Raketen untersuchte. Als Ergebnis der Arbeit der Kommission stimmte die zögernde Clinton-Regierung letztlich doch einem Raketenabwehrsystem zu.

In der Diskussion mit früheren Amtskollegen befürwortete Rumsfeld den Einsatz militärischer Gewalt – vor allem Luftangriffe – und verwahrte sich gegen den Einsatz von Bodentruppen in friedenserhaltenden Missionen ohne absehbares Ende.

Sein Schwerpunkt liegt auf der Bekämpfung langfristiger Bedrohungen, aber er verliert dabei nicht die Effektivität der bestehenden Streitkräfte aus dem Auge. Hier stehen umfangreiche Modernisierungsvorhaben an. Ob allerdings die vielen Projekte, die Vertreter der Teilstreitkräfte auf internen Listen bereits zirkulieren lassen, verwirklicht werden, bleibt abzuwarten. Präsident Bush hat hier bereits Zurückhaltung signalisiert und zunächst eine umfangreiche Überprüfung verlangt. Rumsfeld selbst wird vermutlich nicht bereit sein, einen großen Anteil des jetzigen Verteidigungsbudgets für Raketenverteidigung auszugeben, sondern stattdessen um kräftige Erhöhungen kämpfen. Neben NMD wird ein weiteres Thema Rumsfelds die NATO-Erweiterung sein, die mit dem NATO-Gipfel 2002 ansteht. Überhaupt werden die NATO und ihre Strukturen, das Verhältnis zwischen NATO und europäischer Eingreiftruppe sowie die Stationierung von Truppen nicht nur auf dem Balkan und in Europa, sondern auch in Asien den neuen Verteidigungsminister stark in Anspruch nehmen.

■ Sicherheitsberaterin Rice

Condoleezza Rice, 46, ist die erste Frau, die zur Sicherheitsberaterin des Präsidenten ernannt wurde. Sie ist Expertin zum Thema Sowjetunion und Ostblock und hat als solche schon Bushs Vater im Nationalen Sicherheitsrat beraten. In dieser Zeit war sie auch am deutschen Vereinigungsprozess beteiligt. Während der Clinton-Regierung war sie Verwal-

■ Condoleezza Rice, 46, ist die erste Frau, die zur Sicherheitsberaterin des Präsidenten ernannt wurde. Sie ist Expertin zum Thema Sowjetunion und Ostblock und hat als solche schon Bushs Vater im Nationalen Sicherheitsrat beraten.

tungschefin der Stanford-Universität und entschied über einen Etat von etwa einer Milliarde Dollar.

Sie ist eine enge Vertraute von Bush und leitete dessen außenpolitisches Team während des Wahlkampfes. Sie hat bereits in dieser Zeit bewiesen, dass sie sich von den anderen außenpolitischen Schwerpunkteten, die ebenfalls dem damaligen Gouverneur zur Seite standen, nicht die Butter vom Brot nehmen lässt. Ihre politischen Ansichten sind konservativ, was im Wahlkampf zu einigen Verstimmungen mit den europäischen Alliierten führte, als sie andeutete, amerikanische Truppen vom Balkan abziehen zu wollen.

Rice wirft der Clinton-Regierung vor, sich in humanitären Aktionen verzettelt zu haben und dabei die Alliierten und die „großen Mächte“ wie Russland und China vernachlässigt zu haben. Auch sie ist für den sparsameren Einsatz militärischer Macht und wehrt sich gegen die Rolle Amerikas als Weltpolizist. Sie möchte, wenn es Interessenkonflikte gibt, mit China und Russland eine deutlichere Sprache sprechen, aber gleichzeitig die Kooperation und den Handel nicht einschränken.

Condoleezza Rice wird wegen ihrer Intelligenz und ihrer Persönlichkeit von ihren Kollegen geschätzt. In der Bush-Administration hängt alles davon ab, wie sie sich in das Team mit den Schwerpunkteten Cheney, Powell und Rumsfeld einfügen wird. Ihr politischer Mentor, Brent Scowcroft, Sicherheitsberater unter Ford und Bush sen., war ein fairer, neutraler Vertreter der Standpunkte der verschiedenen Behörden. Auch wenn sie nicht mehr wie ihr Vorgänger dem Kabinett angehört, so hat Rice in jedem Fall den Vorteil, Bush nahe zu stehen und aus dem Weißen Haus heraus arbeiten zu können.

■ **Handelsbeauftragter** **Robert Zoellick**

■ **Ebenfalls auf uneingeschränkte Zustimmung von beiden Lagern ist die Ernennung von Robert Zoellick zum Handelsbeauftragten gestoßen.**

Ebenfalls auf uneingeschränkte Zustimmung von beiden Lagern ist die Ernennung von Robert Zoellick zum Handelsbeauftragten gestoßen. Die Position des Handelsbeauftragten hat wiederum Kabinettsrang. Zoellick war während der Reagan- und Bush-Administrationen im Außen- und Finanzministerium tätig und war als stellvertretender Leiter des Weißen Hauses maßgeblich an den Verhandlungen zur deutschen Einheit beteiligt. Für Präsident Bush

sen. hatte er 1991 und 1992 die G-7-Gipfel vorbereitet. Mit Zoellick wird die neue Administration eine konsequenteren Freihandelspolitik betreiben, als dies unter Clinton der Fall war, der Umweltschutzargumente und Arbeitnehmerrechte als Begründung für protektionistische Maßnahmen angeführt hat. Zoellick setzte sich auch vehement dafür ein, dass der Kongress dem Präsidenten weitgehende Rechte einräumt, Handelsabkommen abzuschließen, die der Kongress nicht mehr ändern, sondern nur noch abnicken oder ablehnen kann (*Fast-Track Legislation*). Dies ist wichtig, damit Bush seinem Ziel näherkommen kann, die westliche Hemisphäre in eine einzige Freihandelszone zu verwandeln. Zoellick ist ein ausgezeichneter Kenner nicht nur Deutschlands, sondern auch Frankreichs und Englands. Er kennt sich ebenfalls in Brüssel gut aus. Seine Erfahrungen sowohl in der Finanzwelt als auch in der Politik werden ihm bei seiner neuen Aufgabe nützlich sein.

■ Bush besetzt erfolgreich die politische Agenda

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Clinton, dessen erste Wochen im Amt von dem Thema „Homosexualität in den Streitkräften“ bestimmt war und der damit viel vom Bonus des neuen Amtsinhabers verspielte, konzentriert sich Präsident Bush eindeutig auf seine wichtigsten politischen Programme, mit denen er in den Wahlkampf gegangen war. Den Unterstützern aus dem konservativen Lager galt sicherlich der Erlass, zukünftig keine Entwicklungsprogramme mehr zu fördern, die Abtreibungen in der Dritten Welt unterstützen. Sein Vorschlag, dass die Arbeit religiös orientierter Hilfsorganisationen in der Dritten Welt durch staatliche Entwicklungshilfe gefördert wird, entspricht seinem Motto des *compassionate conservatism*. Dies wird im Übrigen nicht nur durch die religiöse Rechte, sondern auch durch Teile der schwarzen Minderheit begrüßt, die ebenfalls Gelder für die Arbeit ihrer Kirchen erwarten dürfen. Auch dies zeigt, wie Bush mit seinem Motto des *compassionate conservatism* traditionelle politische Lager aufzuweichen versucht.

Auch mit seinem Gesetzentwurf zur Reform des Erziehungswesens ist es Bush gelungen, in das demo-

■ Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Clinton, dessen erste Wochen im Amt von dem Thema „Homosexualität in den Streitkräften“ bestimmt war und der damit viel vom Bonus des neuen Amtsinhabers verspielte, konzentriert sich Präsident Bush eindeutig auf seine wichtigsten politischen Programme, mit denen er in den Wahlkampf gegangen war.

kratische Lager einzubrechen. Da es einen parteienübergreifenden Konsens zur Notwendigkeit von Reformen gibt und Bush Kompromissbereitschaft gegenüber demokratischen Positionen zeigte, fand er viel Unterstützung im demokratischen Lager. Dort erhielt er sogar die Zustimmung von Senator Edward Kennedy, der den linken Flügel der demokratischen Partei anführt und sich bislang sehr kritisch zu den Reformplänen von Präsidentschaftskandidat Bush geäußert hatte.

Unerwartete Unterstützung erhielt Präsident Bush auch für seine Gesetzesinitiative zur Reform des Steuerwesens. Der Präsident der US-Notenbank, Alan Greenspan, sagte in einer Anhörung vor dem Kongress, dass er Steuerleichterungen ausdrücklich begrüße. Er hat sich damit von seiner bisherigen Haltung gegenüber dem Steuerpaket Bushs deutlich distanziert. Damit fällt es den Demokraten zunehmend schwerer, sich der Steuerpolitik des Präsidenten gänzlich entziehen zu können.

■ Ausblick

■ Wie lange diese Schönwetterlage für den neuen Präsidenten andauern wird, bleibt abzuwarten. Ihm muss zugute gehalten werden, dass er es trotz der schwierigen Ausgangssituation verstanden hat, neue Akzente in Washington zu setzen. Die Zusammenarbeit mit dem Kongress wird allerdings nicht einfach werden.

Wie lange diese Schönwetterlage für den neuen Präsidenten andauern wird, bleibt abzuwarten. Ihm muss zugute gehalten werden, dass er es trotz der schwierigen Ausgangssituation verstanden hat, neue Akzente in Washington zu setzen. Die Zusammenarbeit mit dem Kongress wird allerdings nicht einfach werden. Die Mehrheitsverhältnisse sind denkbar knapp. De facto verfügen die Republikaner bereits jetzt kaum über eine automatische regierungsfähige Mehrheit in beiden Häusern. Im Senat können die Demokraten durch das sogenannte Filibuster Gesetzesvorhaben behindern, ohne dass die Republikaner die Möglichkeit haben, dies zu stoppen. De facto hat sich deshalb hier eine Kohabitation eingerichtet, auch wenn die Ausschussvorsitzenden nach wie vor von der Mehrheitspartei gestellt werden. Bereits in dieser Legislaturperiode könnte sich das Mehrheitsverhältnis zugunsten der Demokraten ändern, falls Senator Helms oder Senator Thurmond aus Alters- oder Gesundheitsgründen plötzlich ausscheiden würden. Die Gouverneure, die dann den Nachfolger benennen, sind jeweils Demokraten und werden natürlich dann die republikanischen Senatoren durch demokratische ersetzen wollen. Auch im Repräsen-

tantenhaus wird sich die Lage verschärfen. Die Demokraten wollen hier jetzt endlich wieder die Mehrheit erlangen. Die Geschichte des Hauses haben sie auf ihrer Seite: Traditionell verliert die Partei, die den Präsidenten stellt, bei den darauffolgenden Zwischenwahlen Stimmen. Schon bei einem Verlust von nur sieben Sitzen stellen die Republikaner nicht mehr die Mehrheit. Präsident Bush wird sich auf schwerere Zeiten einstellen müssen. Bislang hat der neue Präsident es allerdings verstanden, auch größere Herausforderungen zu meistern.

Das Manuskript wurde am 6. Februar 2001 abgeschlossen.